

d·i·e

Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik



German Development  
Institute

## Was heißt das Pariser Klimaabkommen für die Wasserpolitik?

Von Ines Dombrowsky, Steffen Bauer  
& Waltina Scheumann,  
*Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik (DIE)*

# Die aktuelle Kolumne

vom 22.03.2016

## Was heißt das Pariser Klimaabkommen für die Wasserpolitik?

Bonn, 22.03.2016. Am 22. März findet zum 23. Mal der Weltwassertag der Vereinten Nationen statt, um auf die Bedeutung des Wassers für die Menschheit hinzuweisen. Es ist der erste Weltwassertag nach Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals, SDGs*) der Vereinten Nationen im September 2015 und des Pariser Klimaabkommens im Dezember 2015. Zweifellos wird das Wasserziel (SDG 6) im Mittelpunkt des diesjährigen Weltwassertags stehen. Was aber bedeutet das Klimaabkommen von Paris für die Wasserpolitik?

Bislang wurde die lebenswichtige Bedeutung von Wasser und damit verbundene Zielkonflikte mit der Klimapolitik weitgehend ignoriert. Auf den ersten Blick spielt Wasser im Pariser Abkommen keine Rolle. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die Klimapolitik weitreichende Folgen für die Verfügbarkeit von Wasser und umgekehrt haben wird. Dies betrifft sowohl die Anpassung an den Klimawandel, - als auch die Minderung von Treibhausgasemissionen.

Das Pariser Abkommen hat erstmals die Stärkung von Kapazitäten zur Anpassung an den Klimawandel und die Steigerung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel zum globalen Ziel erklärt. Damit wird der Anpassung an den Klimawandel nun derselbe Stellenwert wie dem Klimaschutz eingeräumt. Sowohl in der Klima- als auch in der Wasserpolitik wird jedoch oft ausgeblendet, dass Wasser das Medium ist, über das der Klimawandel sich am deutlichsten und unmittelbarsten auf unsere Lebensumstände und viele Wirtschaftszweige (z.B. Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Tourismus) auswirkt. Gleich ob es sich dabei um die klimabedingte Zunahme von Dürren oder Überschwemmungen, um saisonale Veränderungen der Niederschläge, um die Verknappung lokal verfügbarer Wasserressourcen (z.B. durch das Abschmelzen von Gletschern) oder die Verschlechterung der Wasserqualität (z.B. die Versalzung von Süßwasservorkommen infolge des Meeresspiegelanstiegs) handelt. Wenn der Klimawandel Menschen veranlasst zu migrieren, dann weil dieser sich in vermehrten Dürren oder Überschwemmungen niederschlägt. Folglich muss sich die Wasserpolitik erstens auf die Zunahme von extremen Wetterereignissen, zweitens auf klimawandelbedingte Verknappungen sowie drittens auf qualitative Verschlechterungen der Ressource Wasser einstellen. Wichtige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Wassersektor umfassen die Speicherung von Wasserressourcen durch Wälder, Feuchtgebiete oder künstliche Speicher, ein verbessertes Boden-Wasser-Management im Regenfeldbau oder auch den Hochwasserschutz. Gleichzeitig können andere Anpassungsmaßnahmen, wie der Ausbau der Bewässerungslandwirtschaft, selbst die Verfügbarkeit und Qualität von Wasserressourcen reduzieren.

Noch weniger berücksichtigt wird bislang, dass auch Klimaschutzmaßnahmen mit einem hohen Wasserverbrauch einhergehen können. Das zentrale Ziel des Pariser Abkommens ist es, die langfristige Erderwärmung auf unter 2°C und möglichst auf 1,5°C zu reduzieren. Zu diesem Zweck sollen die Vertragsparteien schnellstmöglich eine Kehrtwende in Richtung einer klimaverträglichen Wirtschaft einleiten, um den Ausstoß der globalen Treibhausgasemissionen und ihren Abbau durch Kohlenstoff-Senken spätestens in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts ins Gleichgewicht zu bringen. Fast alle Szenarien des Weltklimarates, in denen die Einhaltung der Grenze von 2°C Erwärmung als wahrscheinlich gilt, setzen in einem erheblichen Ausmaß auf Technologien mit negativen Emissionen, also solchen, die Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) aus der Atmosphäre in Kohlenstoffsinken binden. Zu Letzteren gehört beispielsweise die Aufforstung von Wäldern, aber auch die Bioenergie in Verbindung mit der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid – sogenannte *bioenergy with carbon capture and storage* (BECCS). Bei BECCS wird zunächst Biomasse, z.B. Holz oder Pflanzen wie Mais, als Energieträger angebaut. Dann wird die Biomasse zur Energieerzeugung verbrannt. Diese beiden Schritte sind im Prinzip emissionsneutral. Schließlich wird das bei der Verbrennung freigesetzte CO<sub>2</sub> technisch abgeschieden und gespeichert (sog. *carbon capture and storage, CCS-Technologie*). Somit soll Energie mit netto-negativen CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugt werden. Dabei werden Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Wasserschutz sichtbar. Insbesondere die Bioenergieproduktion, aber auch die CCS-Technologie verbrauchen erhebliche Mengen von Wasser, was insbesondere regionale Wasserknappheiten weiter verschärfen kann. Weiterhin stünde der massive Wasser- und Landverbrauch durch BECCS in Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion. Die Alternative zu BECCS ist lediglich ein schnellerer, radikalerer Umbau zu kohlenstofffreien Gesellschaften, da umgekehrt der Verzicht auf die Einhaltung der 2°C-Grenze (auch) wasserpolitisch vom Regen in die Traufe führen würde: eine wärmere Welt würde ebenfalls den Druck auf Wasserressourcen erheblich erhöhen.

Werden die Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Wasserschutz nicht rechtzeitig ernst genommen, drohte der Klimaschutz das Wasserziel (SDG 6) in Frage zu stellen. Das würde gleichsam andere Nachhaltigkeitsziele, die von einer ausreichenden Wasserverfügbarkeit abhängen, wie etwa „keine Hungersnot“ (SDG 2), „nachhaltige Städte und Gemeinden“ (SDG 11) und „Leben an Land“ (SDG 15) gefährden. Für die Wasserpolitik bedeutet dies, dass ein nachhaltiges Wasserressourcenmanagement im Sinne von SDG 6 nicht nur angesichts der Anpassung an den Klimawandel, sondern auch wegen des Klimaschutzes in Zukunft umso wichtiger wird.